

Verspäteter Dienstantritt der Europäischen Kommission

Rund acht Monate nach seiner Wahl hat das Europäische Parlament am 9. Februar der neuen Europäischen Kommission unter Kommissionspräsident José Manuel Barroso zugestimmt. 488 Abgeordnete stimmten für, 137 Abgeordnete gegen die Kommission „Barroso II“, 72 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Ursprünglich war die Abstimmung für den 26. Januar vorgesehen; die Kommission hätte in jenem Fall bereits am 1. Februar ihre Arbeit aufnehmen können.

Somit war die alte Kommission dreieinhalb Monate geschäftsführend im Amt. Die EVP und die Liberalen hatten ihre Unterstützung im Vorfeld der Abstimmung deutlich gemacht, nach einigen Diskussionen erklärten die Sozialisten ebenfalls ihre Unterstützung für die neue Kommission. Die euroskeptische ECR enthielt sich der Stimme, Grüne und Linke stimmten gegen das neue Kollegium.

Die erneute Verzögerung trat auf, da die für das Portfolio „Internationale Kooperation, Humanitäre Hilfe und Krisenreaktion“ vorgesehene bulgarische EVP-Politikerin Rumiana Jeleva wegen des zu erwarteten Widerstands ihre Kandidatur zurückzog. Zwar hatten im Vorhinein insbesondere die beiden großen Gruppen im Parlament, die EVP und die Sozialisten, dazu aufgerufen, keine politische „Hexenjagd“ zu veranstalten und in erster Linie nach fachlichen Gesichtspunkten zu entscheiden. Dieses Bekenntnis erwies sich allerdings als kurzlebig: Die Anhörung Jeleva's am 13. Januar konzentrierte sich zu großen Teilen auf Interessenskonflikte und angeblich unvollständige Angaben zu ihren Geschäftsbeziehungen und kaum

auf ihre fachliche Qualifikation für das Portfolio. Entgegen vorherigen Ankündigungen forderten nach der Anhörung auch die Sozialisten einen Rücktritt Jeleva's. Nachdem die Vorwürfe sowohl von der Kommission wie vom juristischen Dienst des Europäischen Parlaments entkräftet worden waren, verlagerte sich die Kritik auf Jeleva's fachliche Qualifikation. Am 19. Januar trat Jeleva letztlich zurück, woraufhin der bulgarische Ministerpräsident Borissov die Weltbank-Direktorin Kristalina Georgieva nachnominierte. Entgegen zwischenzeitlicher Spekulationen in der Presse kam es nicht zu einer „Revanche“ der EVP-Fraktion an einem sozialistischen oder liberalen Kandidaten. Dennoch hat der Vorgang bleibende Schäden im Vertrauensverhältnis zwischen EVP und Sozialisten hinterlassen.

Gleichwohl hatten einige weitere Kandidaten während der Anhörungen keinen sicheren Eindruck in ihrem Portfolio hinterlassen; so musste die neue Kommissarin für die Digitale Agenda, Neelie Kroes, am 18. Januar zu einer zweiten Anhörung unter Ausschluss der Öffentlichkeit erscheinen. Unzufrieden waren die Abgeordneten auch mit dem neuen Kommissar für Betrugsbekämpfung, Algirdas Semeta. Auch der Kommissar für Wirtschaft und Währung, der Liberale Olli Rehn hinterließ bei den Abgeordneten aufgrund seiner oft vagen Antworten nur einen mäßigen Eindruck. Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Catherine Ashton konnte bei ihrer zweiten Anhörung – sie war in ihrer Funktion als Hohe Vertreterin bereits im Dezember angehört worden – ebenfalls nicht restlos überzeugen. Zu einem Tausch von Portfolios wie vor fünf Jahren kam es schließlich allerdings nicht.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENTZEK

10. Februar 2010

www.kas.de

www.eukas.eu

In den Anhörungen versicherten nahezu alle Kandidaten mehrfach, eng mit dem Parlament zusammenzuarbeiten. Damit trugen sie den neuen Befugnissen des Parlaments in mehreren Politikfeldern Rechnung. Die Wichtigkeit der Kooperation mit dem Parlament wurde allerdings auch dann betont, wenn die Rolle des EP in den entsprechenden Politikbereichen begrenzt ist.

Die Schaffung neuer Portfolios in der Kommission, aber auch die Umschichtung von Kompetenzen zwischen einzelnen Ressorts wird in einigen Politikbereichen eine enge Kooperation der jeweiligen Kommissare untereinander notwendig machen, um die Kohärenz von Initiativen zu wahren und Überlappungen zu vermeiden: Dies wird vor allem im Feld der Außenpolitik eine Herausforderung darstellen, insbesondere zwischen den Kommissaren für humanitäre Hilfe (Georgieva), Entwicklung (Piebalgs), Erweiterung und Europäischer Nachbarschaftspolitik (Füle) sowie der Hohen Vertreterin Baroness Ashton. Ähnlichen Koordinationsbedarf wird es auch im Umweltbereich geben: So hatte die Klimakommissarin Hedegaard bereits angekündigt, bei klimarelevanten Gesetzesvorschlägen aus anderen Ressorts eng mit dem jeweiligen Kommissar zusammenarbeiten zu wollen. Der Umweltkommissar Potočnik schlug zudem vor, gemeinsame Kabinettstreffen mit Hedegaard abzuhalten.

Ebenfalls am 9. Februar hatte das Europäische Parlament den Entschließungsantrag für ein interinstitutionelles Rahmenabkommen zwischen Kommission und Parlament verabschiedet und damit seine Rechte weiter gestärkt. So soll der Kommissionspräsident oder aber der für interinstitutionelle Beziehungen zuständige Vizepräsident (Šefčovič) an den Sitzungen der Konferenz

der Präsidenten oder aber an der Konferenz der Ausschussvorsitzenden teilnehmen können, wenn Fragen im Zusammenhang mit der Tagesordnung der Plenartagung, Gesetzesvorhaben oder Haushaltsfragen anstehen. Nach der Vereinbarung wird die monatliche Frage-Antwort-Sitzung mit dem Kommissionspräsidenten nun auch die Hohe Vertreterin / Vizepräsidentin der Kommission mit einschließen. Die Vereinbarung sieht auf der anderen Seite auch vor, dass der Präsident des EP der Sitzung des Kommissionskollegiums beiwohnen kann, wenn wichtige Gesetze auf der Tagesordnung stehen. Von Bedeutung ist auch die Einführung einer „Haftung“ des Kommissionspräsidenten für einzelne Kommissare: Falls das Parlament einem Kommissionsmitglied das Vertrauen entzieht, soll der Präsident prüfen, ob er dieses Mitglied zum Rücktritt auffordert oder aber vor dem Parlament rechtfertigen, warum er dieses nicht tun wird. Auch im Bereich der Außenpolitik hatte das Parlament zusätzliche Kompetenzen verlangt, etwa Anhörungen hoher Beamter des Europäischen Auswärtigen Dienstes. Die Kommission verpflichtete sich hier aber lediglich zu einem transparenten Verfahren für die Ernennung von Sonderbeauftragten und Botschaftern.

Die EntschlieÙung fixiert die Positionen für eine formelle Rahmenvereinbarung, die im Laufe des ersten Halbjahres folgen wird.

ANHANG I

Übersicht der neuen Kommission

Portfolio	Name	Land	Vorgänger
Präsident	José Manuel Barroso (EVP)	Portugal	José Manuel Barroso (EVP, Portugal)
Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik / Vize-Präsidentin	Baroness Catherine Ashton (S&D)	Großbritannien	Kommission: Benita Ferrero-Waldner (EVP, Österreich) / Rat: Javier Solana (S&D, Spanien)
Justiz, Grundrechte, Bürgerschaft / Vize-Präsidentin	Viviane Reding (EVP)	Luxemburg	Jacques Barrot (EVP, Frankreich)
Wettbewerb / Vize-Präsident	Joaquín Almunía (S&D)	Spanien	Neelie Kroes (ALDE, Niederlande)
Verkehr / Vize-Präsident	Siim Kallas (ALDE)	Estland	Antonio Tajani (EVP, Italien)
Industrie und Unternehmen / Vize-Präsident	Antonio Tajani (EVP)	Italien	Günter Verheugen (S&D, Deutschland)
Interinstitutionelle Beziehungen und Verwaltung / Vize-Präsident	Maros Šefčovič (parteilos, S&D nahe)	Slowakische Republik	Siim Kallas (ALDE, Estland); Margot Wallström (S&D, Schweden)
Digitale Agenda / Vize-Präsidentin	Neelie Kroes (ALDE)	Niederlande	Viviane Reding (EVP, Luxemburg)
Energie	Günther Oettinger (EVP)	Deutschland	Andris Piebalgs (parteilos, Lettland)
Binnenmarkt und Dienstleistungen	Michel Barnier (EVP)	Frankreich	Charlie Mc Creevy (ALDE, Irland)
Wirtschaft und Währung	Olli Rehn (ALDE)	Finnland	Joaquin Almunia (S&D, Spanien)
Handel	Karel De Gucht (ALDE)	Belgien	Catherine Ashton (S&D, Großbritannien)
Finanzplanung und Haushalt	Janusz Lewandowski (EVP)	Polen	Algirdas Semeta (parteilos, Litauen)
Inneres	Cecilia Malmström (ALDE)	Schweden	Jacques Barrot (EVP, Frankreich)
Steuern und Zollunion, Audit und Betrugsbekämpfung	Algirdas Semeta (parteilos)	Litauen	László Kovács (S&D, Ungarn) / Siim Kallas (ALDE, Estland)

Umwelt	Janez Potočnik (parteilos)	Slowenien	Stavros Dimas (EVP, Griechenland)
Klimapolitik	Connie Hedegaard (EVP)	Dänemark	Neues Portfolio
Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	Dacian Cioloș (Parteilos)	Rumänien	Mariann Fischer-Boel (ALDE, Dänemark)
Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik	Štefan Füle (S&D)	Tschechische Republik	Olli Rehn (ALDE, Finnland)
Forschung, Innovation und Wissenschaft	Máire Geoghegan-Quinn (ALDE)	Irland	Janez Potocnik (parteilos, Slowenien)
Regionalpolitik	Johannes Hahn (EVP)	Österreich	Pawel Samecki (EVP-Polen)
Entwicklung	Andris Piebalgs (parteilos)	Lettland	De Gucht (ALDE, Belgien)
Internationale Kooperation, humanitäre Hilfe, Krisenreaktion	Kristalina Georgieva (EVP)	Bulgarien	Neues Portfolio
Maritime Angelegenheiten und Fischerei	Maria Damanaki (S&D)	Griechenland	Joe Borg (EVP, Malta)
Gesundheit und Verbraucherpolitik	John Dalli (EVP)	Malta	Androulla Vassiliou (ALDE, Zypern); Meglena Kuneva (ALDE, Bulgarien)
Beschäftigung, Soziales und Integration	László Andor (S&D)	Ungarn	Vladimir Spidla (S&D, Tschechien)
Bildung / Kultur / Mehrsprachigkeit / Jugend	Androulla Vassiliou (ALDE)	Zypern	Maros Sefcovic (parteilos, S&D nahe, Slowakei); Leonard Orban (ALDE, Rumänien)

ANHANG II

Die Kommissare im Einzelnen

José Manuel Barroso – Präsident der Europäischen Kommission



Der studierte Jurist und promovierte Politikwissenschaftler wurde 1985 zum ersten Mal für die konservative PSD in das portugiesische Parlament gewählt. In der Folgezeit war er zunächst vor allem in der Außenpolitik seines Landes tätig: Als Staatssekretär war er maßgeblich am Zustandekommen eines Waffenstillstands im angolanischen Bürgerkrieg beteiligt. Von 1992 bis 1995 war er Außenminister Portugals. Durch den Wahlsieg der PSD unter seiner Führung wurde er 2002 Premierminister. 2004 wurde er vom Europäischen Rat zum Präsidenten der Europäischen Kommission nominiert und am 22. Juli vom Parlament bestätigt. Am 9. Juli 2009 wurde Barroso für eine weitere Amtszeit nominiert und, nachdem das Europäische Parlament die ursprünglich für Juli vorgesehene Entscheidung verschoben hatte, am 16. September bestätigt.

Nach seiner Nominierung durch die Staats- und Regierungschefs hatte das Europäische Parlament von Barroso verlangt, sein Programm für die nächsten fünf Jahre vorzustellen. Am 3. September 2009 veröffentlichte Barroso die Leitlinien für seine Kommission. Als Prioritäten nannte er die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise, die Übernahme einer Vorreiterrolle im Klimaschutz, nachhaltiges Wachstum und sozialen Zusammenhalt, die Schaffung eines Europas der Bürger sowie die Stärkung Europas auf globaler Ebene. Gleichzeitig versprach Barroso dem Parlament eine enge Zusammenarbeit. Diese Prioritätensetzung schlug sich auch im Zuschnitt der Ressorts für die neue Kommission nieder: So wurde der Posten des Klimakommissars geschaffen. Des Weiteren gibt es nun das Ressort Grundrechte, Bürgerschaft und Justiz sowie einen Kommissar, der sich unter anderem um interinstitutionelle Beziehungen kümmern wird.

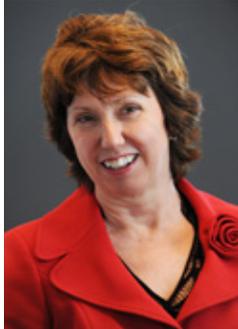
Angaben zur Person

Geboren am 23. März 1956 in Lissabon, Portugal

Werdegang (Auswahl)

2004 -	Präsident der Europäischen Kommission
2002-2004	Premierminister Portugals
1999-2002	Stellvertretender Vorsitzender der EVP
1992-1995	Außenminister
1987-1992	Staatssekretär für Äußeres und Internationale Zusammenarbeit
1985-1987	Untersekretär im Innenministerium
1985	erstmalige Wahl in das portugiesische Parlament

Baroness Catherine Ashton von Upholland: Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik / Vize-Präsidentin



In den 70er Jahren engagierte sich die britische Sozialistin in der Friedensbewegung. Beruflich war die studierte Wirtschaftswissenschaftlerin und Soziologin im sozialen Bereich tätig, unter anderem als Vizepräsidentin im Nationalen Rat für Ein-Kind-Familien. Zwischen 2001 und 2006 war Ashton parlamentarische Staatssekretärin in verschiedenen Ministerien. 2007 wurde sie zur Vorsitzenden des britischen Oberhauses ernannt. Im Oktober 2008 wurde sie Nachfolgerin von Peter Mandelsson, der als Wirtschaftsminister nach London zurückkehrte und machte sich innerhalb eines Jahres einen Namen als effiziente Verhandlungsführerin. Gleichwohl war ihre Ernennung zur Hohen Vertreterin aufgrund ihrer kurzen außenpolitischen Erfahrung von Skepsis begleitet.

Eine wichtige Herausforderung wird zunächst die Etablierung des Europäischen Auswärtigen Dienstes sowie der im Lissabon-Vertrag vorgesehenen Instrumente und Verfahren im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik sein. In beiden Anhörungen – die erste erfolgte bereits im Dezember im Rahmen ihrer Ernennung zur Hohen Vertreterin – betonte sie – insbesondere bei der Schaffung des Europäischen Auswärtigen Dienstes – eng mit dem Europäischen Parlament zusammenarbeiten zu wollen. In den Anhörungen wurden – wohl auch vor dem Hintergrund der noch offenen institutionellen Fragen – die Prioritäten der Hohen Vertreterin kaum deutlich: Gleichwohl betonte Ashton, den Friedensprozess im Nahen Osten als eine ihrer wichtigsten Aufgaben anzusehen. Zudem setzte sich Ashton für eine aktive Rolle der EU in Afghanistan ein. Gegenüber Russland versprach sie, einen kooperativen Ansatz zu verfolgen.

Angaben zur Person

Geboren am 20. März 1956 in Upholland / Lancashire, Vereinigtes Königreich

Werdegang (Auswahl)

2009 (Dez.) -	Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik
2008-2009	Mitglied der Europäischen Kommission (Handel)
2007-2008	Vorsitzende des Oberhauses und Lordpräsidentin des Geheimen Rates
2006-2008	Mitglied des Geheimen Rates
2001-2006	Parlamentarische Staatssekretärin im Bildungsministerium, im Ministerium für Verfassungsangelegenheiten und anschließend im Justizministerium
1999	In den Adelsstand auf Lebenszeit erhoben und damit zum Mitglied des britischen Oberhauses ernannt
1998-2001	Leiterin des Gesundheitsamts der Grafschaft Hertfordshire und Vizepräsidentin des Nationalen Rats für Alleinerziehende

EU-Kommissarin Viviane Reding – Grundrechte, Bürgerschaft, Justiz / Vize-Präsidentin



Die luxemburgische Christdemokratin ist mit dem inzwischen dritten Mandat bei der Europäischen Kommission das dienstälteste Mitglied des Barroso-II-Teams. Seit rund 30 Jahren ist die studierte promovierte Humanwissenschaftlerin in der Politik tätig, davon 20 in europäischen Institutionen. Reding spielte dabei sowohl in der luxemburgischen CSV als auch in der EVP führende Rollen: Von 1995 bis 1999 war sie die stellvertretende Vorsitzende der luxemburgischen Christdemokraten und von 1997 bis 1999 im Fraktionsvorstand der Europäischen Volkspartei. In ihrer Amtszeit als Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien konnte sie die Roaming-Richtlinie durchsetzen.

In ihrem neuen Portfolio wird die Umsetzung des Stockholmer Programms die größte Herausforderung darstellen. Reding hat bereits deutlich gemacht, dass sie aus der Masse der Forderungen und Empfehlungen des Dokuments einen Aktionsplan herausarbeiten will, der sich am Lamassoure-Bericht mit der Forderung nach der Schaffung eines Europas der Bürger orientiert. Ein besonderes Augenmerk möchte Reding dabei auf den Schutz persönlicher Daten legen. Ablehnend äußerte sich Reding gegenüber einer Einführung von Ganzkörper-scannern. Zudem möchte Reding mit den dazu willigen Mitgliedstaaten eine Harmonisierung des Familienrechts (Scheidungen, Sorgerecht) erwirken. Darüber hinaus unterstützt sie die Schaffung eines europäischen Staatsanwalts sowie eines europäischen Zivilgesetzbuches. Zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Raumes des Rechtes möchte Reding den Austausch von Justizpersonal verstärken, etwa durch die Schaffung eines Erasmusprogramms für Richter. Darüber hinaus möchte sie die kostspielige Prozedur des exequatur abschaffen. Reding wird sich auch für die Wahrung der Grundrechte einsetzen: So kündigte sie an, einen jährlichen Bericht zur Beachtung der Grundrechtecharta in der EU veröffentlichen zu lassen.

Angaben zur Person

Geboren am 27. April 1951 in Esch-sur Alzette, Luxemburg

Werdegang (Auswahl)

2004-2010	Mitglied der Europäischen Kommission (Informationsgesellschaft und Medien)
1999-2004	Mitglied der Europäischen Kommission (Bildung, Kultur, Jugend, Medien und Sport)
1989-1999	Mitglied des Europäischen Parlaments
1995-1999	Stellvertretende Vorsitzende der Christlich-Sozialen Volkspartei, Luxemburg
1988-1993	Vorsitzende der Vereinigung der Christlich-Sozialen Frauen, Luxemburg
1981-1999	Gemeinderätin der Stadt Esch-sur-Alzette, Luxemburg
1979-1989	Mitglied der luxemburgischen Abgeordnetenversammlung

EU-Kommissar Joaquin Almunía- Wettbewerb / Vize-Präsident



Der spanische Sozialist Almunía ist studierter Jurist und Wirtschaftswissenschaftler. Zunächst war er als Ökonom für die spanische Handelskammer und die spanische Gewerkschaft tätig. Etwa zehn Jahre lang sammelte er als Minister Erfahrung und hatte auch Spitzenpositionen innerhalb der PSOE inne. Seit 2004 ist Almunía Mitglied der europäischen Kommission (Wirtschaft und Währung). In seiner Amtszeit hatte er sich über die Parteigrenzen hinaus nicht nur Respekt bei den Europa-abgeordneten erworben: Almunía galt als strenger Hüter des Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

Almunía bekannte sich zu einer aktiven Rolle des Staates. Es bleibt abzuwarten, ob Almunía als Wettbewerbskommissar ebenso strikt vorgehen wird wie seine Vorgänger Kroes und Monti. Eine große Herausforderung wird eine Reihe von noch ungelösten Fällen bei Staatshilfen für Banken darstellen: Hier forderte Almunía eine Rückzahlung der Hilfen bis Ende 2010. Zudem dürften diese Hilfszahlungen nicht dazu benutzt werden, höhere Boni zu zahlen. Zu einem von zahlreichen Lobbygruppen unterstützten Vorschlag, welcher alternative Strafformen (strafrechtliche Konsequenzen, verwaltungsrechtliche Schritte) für von Kartellverfahren betroffene Unternehmen vorsieht, äußert sich Almunía ablehnend. Bei Verstößen im Kartellrecht werde wohl nach wie vor mit hohen Strafbeträgen gerechnet werden müssen. Auf der anderen Seite betonte Almunía, dass ein gemeinsamer Ansatz bei Unternehmenszusammenschlüssen zwischen den USA und der EU notwendig werde. Zum Problem der Sammelklagen, die seine Vorgängerin mit Engagement unterstützt hatte, gab er in den Hearings keine klare Antwort.

Angaben zur Person

geboren am 17. Juni 1948 in Bilbao, Spanien

Werdegang (Auswahl)

2004-2010	Mitglied der Europäischen Kommission (Wirtschaft und Währung)
2000	Kandidat der Sozialistischen Partei für das Amt des Premierministers
1997-2000	Vorsitzender der PSOE
1994-1997	Vorsitzender der PSOE-Fraktion im spanischen Parlament
1986-1991	Minister für öffentliche Verwaltung
1982-1986	Minister für Arbeit und Soziales
1979-2004	Mitglied des spanischen Parlaments
1976-1979	Chef-Ökonom der Gewerkschaft UGT
1972-1975	Chef-Ökonom im Büro der spanischen Außenhandelskammer in Brüssel

EU-Kommissar Siim Kallas - Verkehr / Vize-Präsident



Der studierte Volkswirt ist Mitglied und Gründer der Estnischen Reformpartei und gehört auf europäischer Ebene der ALDE Fraktion an. Als ehemaliger Präsident der estnischen Nationalbank gilt er als Architekt der estnischen Währungsreform. Als Außenminister Estlands leitete er die Beitrittsverhandlungen seines Landes mit der EU ein. Als Finanzminister war Kallas während der Beitrittsverhandlungen insbesondere an den Beratungen über monetäre und finanzielle Aspekte beteiligt. Als Kommissar für Verwaltung, Audit und Betrugsbekämpfung führte er 2005 die Europäische Transparenz-Initiative (ETI) ein.

Als Oberziel in seinem neuen Ressort bezeichnete Kallas die Schaffung eines europäischen Transportmarktes und weitere Liberalisierungen. Die Stärkung des Wettbewerbs im Bereich des Verkehrs werde eine seiner hauptsächlichen Prioritäten. Ferner sprach sich Kallas im Verkehrsbereich für eine gezielte Förderung von Großprojekten aus. Derzeit sei das Geld noch über zu viele verschiedene Projekte verteilt. Vor Abschluss der Verhandlungen über den neuen Finanzrahmen der EU sind große Änderungen in diesem Bereich allerdings nicht zu erwarten. Eine konkrete Maßnahme ist jedoch das Ziel der Schaffung eines europäischen Infrastruktur-Investmentfonds. Kallas betonte, dass er umweltgerechten Transport und somit auch die Nutzung von Biokraftstoffen stärker fördern werde. Ferner bezeichnete er die Förderung der Binnenschifffahrt sowie die weitere Abschaffung von Barrieren für den innereuropäischen Schiffsverkehr als seine Prioritäten. Die Schaffung eines einheitlichen Strafenkatalogs im Verkehr steht ebenfalls auf der Agenda.

Angaben zur Person

geboren am 2. Oktober 1948 in Tallinn, Estland

Derzeitiges Amt

2004-2010	Vizepräsident der Europäischen Kommission mit Zuständigkeit für die Bereiche Verwaltung, Audit und Betrugsbekämpfung
Mai-November 2004	Mitglied der Europäischen Kommission
2003-2004	Mitglied des estnischen Parlaments und des außenpolitischen Ausschusses
2002-2003	Ministerpräsident der Republik Estland
1999-2002	Finanzminister der Republik Estland
1995-1999	Mitglied des estnischen Parlaments und des Verteidigungsausschusses
1995-1996	Außenminister der Republik Estland
1994-2004	Gründer und Vorsitzender der Reformpartei
1991-1995	Präsident der estnischen Nationalbank
1989-1991	Vorsitzender des Zentralverbands der estnischen Gewerkschaften

EU-Kommissar Antonio Tajani – Unternehmen und Industrie / Vize-Präsident



Antonio Tajani wurde am 4. August 1953 in Rom geboren. Er studierte Jura in Rom, diente danach bei der Italienischen Luftwaffe und arbeitete ab 1982 für verschiedene Zeitungen sowie als Radiomoderator. 1993 gehörte er zu den Mitbegründern der Forza Italia, 1994 begann er seine politische Karriere als Pressesprecher für den italienischen Premierminister Berlusconi und als Abgeordneter im Europaparlament. Tajani war Vorsitzender und Mitbegründer der Forza Italia. Als Europaabgeordneter war er Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, dem Ausschuss für Konstitutionelle Fragen, im Ausschuss für Sicherheit und Verteidigung sowie für Fischerei, Verkehr und Fremdenverkehr. Außerdem ist er seit 2002 stellvertretender Vorsitzender der EVP.

Als Nachfolger des aktuellen Außenministers Franco Frattini übernahm Tajani 2008 das Portfolio Verkehr in der Kommission. In den Anhörungen für sein neues Amt konnte Tajani bei den Abgeordneten mit den Versprechen sowohl eines engen Dialogs mit dem Parlament als auch mit einer Förderung von „grüner Wirtschaft“ und Innovation punkten. Eine zentrale Rolle wird darüber hinaus die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen und ihrer Finanzierung sowie eine stärkere Angleichung der Gesetzgebung spielen. Schließlich wird auch das Galileo-Programm, welches vorher in der Generaldirektion Transport und Verkehr verortet war, zu seinen Prioritäten gehören. Bei der Chemikalien-Richtlinie REACH könnte es einige Änderungen geben, an der 2012 Deadline werde sich laut Tajani aber nichts ändern. In diesem Jahr wird wohl zunächst die Ausarbeitung einer Mitteilung zur neuen Industriepolitik sowie eines Aktionsplans für Innovation (zusammen mit der Kommissarin für Innovation – Máire Geoghegan-Quinn) im Vordergrund stehen. Einige Zuständigkeiten der Generaldirektion Unternehmen und Industrie werden nun in andere Generaldirektionen verlegt werden, darunter der Bereich Pharmazeutika, der dem Gesundheitskommissar John Dalli zufallen wird.

Angaben zur Person

geboren am 4. August 1953 in Rom, Italien

Werdegang (Auswahl)

2008-2010	Vizepräsident der Europäischen Kommission und EU-Kommissar für Verkehr
2002-	Stellvertretender Vorsitzender der Europäischen Volkspartei, Vorstandsmitglied der Fraktion der Europäischen Volkspartei
2002-2003	Mitglied des Verfassungskonvents
1999-2008	Leiter der Delegation der Forza Italia im Europäischen Parlament
1994-2008	Mitglied des Europäischen Parlaments
1994	Sprecher des Präsidenten des italienischen Ministerrates in der ersten Regierung Berlusconi
1993	Mitbegründer der Forza Italia

EU-Kommissar Maroš Šefčovič – Interinstitutionelle Beziehungen und Verwaltung / Vize-Präsident



Der slowakische Sozialdemokrat ist studierter Wirtschaftswissenschaftler und war in den vergangenen 20 Jahren in verschiedenen Funktionen in der Außenpolitik für sein Land tätig. Zunächst war er jahrelang im Außenministerium zuerst der tschechoslowakischen und dann der slowakischen Regierung tätig. Ab 1999 war Šefčovič Botschafter in Vertretungen der Slowakei unter anderem in Simbabwe, Kanada und Israel und seit 2004 Ständiger Vertreter der Slowakei bei der EU. Im Oktober 2009 trat er die Nachfolge von Jan Figel als EU-Kommissar für Bildung, Kultur und Jugend an.

Im Vorfeld seiner Anhörung war ein Zitat von Šefčovič über die Ausnutzung des slowakischen Wohlfahrtsstaats durch die Roma publik geworden, welches er vor fünf Jahren getätigt haben soll. In der Anhörung selbst spielte der Vorwurf allerdings nur eine marginale Rolle. Der Schwerpunkt der Arbeit Šefčovičs in dem neu geschaffenen Portfolio wird auf der Umsetzung der entsprechenden Vorschriften des Lissabon-Vertrags zur Stärkung der interinstitutionellen Beziehungen liegen. Als Vizepräsident wird er zudem in einigen Fällen an den Sitzungen der Konferenz der Präsidenten oder an der Konferenz der Ausschussvorsitzenden teilnehmen können. Eine wichtige Rolle wird Šefčovič auch bei der Konzeption des Europäischen Auswärtigen Dienstes spielen, da er für die Personalvorgaben verantwortlich sein wird. Zurückhaltend zeigte er sich bei der Stützung von über den Lissabon-Vertrag hinausgehenden Initiativen zur weiteren Integration, schloss aber nicht aus, dass der Vertrag im Zuge der Erweiterung um weitere Mitglieder geändert werden könnte. Darüber hinaus betonte Šefčovič, dass er das Auswahlverfahren für die europäischen Institutionen auf den Prüfstand stellen werde.

Angaben zur Person

geboren am 24. Juli 1966 in Bratislava, Slowakei

Werdegang (Auswahl)

2009-2010	Mitglied der Europäischen Kommission (Bildung, Kultur und Jugend)
2004-2009	Ständiger Vertreter der Slowakei bei der EU
2003-2004	Generaldirektor, Abteilung „Europäische Angelegenheiten“, Slowakisches Außenministerium
2002-2003	Politischer Direktor, Abteilung „Bilaterale Zusammenarbeit“, Slowakisches Außenministerium
1998-2002	Botschafter der Slowakei in Israel
1997-1998	Stellvertretender Leiter der Vertretung, Botschaftsrat, Slowakische Vertretung bei der EU

EU-Kommissarin Neelie Kroes – Digitale Agenda / Vize-Präsidentin



70ern für die liberale VVD in der niederländischen Politik aktiv, sowohl als Abgeordnete wie auch als mehrmalige Ministerin. In den 90ern nahm Kroes eine Auszeit von der Politik, während der sie sich sowohl in Wissenschaft als auch in den Aufsichtsräten mehrerer Unternehmen tätig war. Ihre Ernennung zur Wettbewerbskommissarin 2004 war aufgrund ihrer langjährigen Tätigkeit bei unterschiedlichen großen Unternehmen kritisiert worden. Fälle in Industriezweigen, in welchen sie selbst tätig war, übernahm der damalige Binnenmarktkommissar McCreevy. In zahlreichen Kartell- und Monopolverfahren bekam sie auf Grund ihrer Unnachgiebigkeit den Spitznamen „Eiserne Lady“.

Die studierte Wirtschaftswissenschaftlerin ist seit den

Auch aufgrund zahlreicher offener Fälle in ihrem ehemaligen Ressort stand Kroes nur eine kurze Vorbereitungszeit für ihre erste Anhörung zur Verfügung. In Folge der für die Abgeordneten unbefriedigenden Antworten wurde sie zu einer erneuten nicht öffentlichen Anhörung am 20. Januar vorgeladen, bei der sie schließlich die meisten Abgeordneten von ihrer Qualifikation überzeugen konnte. In den Anhörungen setzte sich Kroes für die Schaffung eines „digitalen“ Marktes ein, ohne aber konkrete Maßnahmen zu nennen, wie dies vollendet werden sollte. Ferner versprach sie eine Stärkung von Infrastruktur und Breitbandkapazitäten sowie eine Verbesserung von Onlinedienstleistungen im öffentlichen wie im privaten Sektor.

Angaben zur Person

geboren am 19. Juli 1941 in Rotterdam, Niederlande

Werdegang (Auswahl)

2004-2010	Mitglied der Europäischen Kommission (Wettbewerb)
2000-2004	Tätigkeiten in Unternehmen, Beraterin/Mitglied des Aufsichtsrats mehrerer nationaler und internationaler Unternehmen
1991-2000	Präsidentin der Universität Nyenrode
1982-1989	Ministerin für Verkehr, öffentliche Bauten und Telekommunikation
1981-1982	Abgeordnete in der niederländischen 2. Kammer
1977-1981	Stellvertretende Ministerin für Verkehr, öffentliche Bauten und Telekommunikation
1971-1977	Abgeordnete in der niederländischen 2. Kammer

EU-Kommissar Günter Oettinger – Energie



Der CDU-Politiker gilt als ehemaliger Ministerpräsident von Baden-Württemberg als einer der politischen Schwergewichte der europäischen Kommission. Mit dem Energieportfolio wurde ihm ein Ressort zugeteilt, welches in den letzten 5 Jahren an Bedeutung gewann und zu den begehrtesten Ressorts in der Europäischen Kommission gehörte. Der studierte Jurist und Volkswirt war seit 1984 Abgeordneter für die Christdemokraten im Landtag von Baden-Württemberg. Unter dem damaligen Ministerpräsidenten Teufel war er 15 Jahre Fraktionsvorsitzender im Landtag, bevor er diesem im April 2005 im Amt des Ministerpräsidenten folgte. Von 2007 bis 2009 war Oettinger Co-Vorsitzender der Föderalismuskommission II. Oettinger ist langjähriges Mitglied der Europa-Union.

In den Anhörungen bezeichnete Oettinger die Stärkung von Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Energiesicherheit als seine Prioritäten. Europa solle eine Energieabhängigkeit durch eine verstärkte Diversifizierung sowie die Förderung nachhaltiger Energien stärken. Dabei wird Oettinger neben der Nabucco-Pipeline auch auf den Ausbau von LNG-Terminalen setzen. Im Bereich der erneuerbaren Energien sprach er sich vor allem für die Erweiterung der Transportkapazitäten aus, etwa in Form der Einrichtung eines „super-grids“, welches die Nordsee mit dem Mittelmeer verbinden würde. Die Entscheidung über Kernenergie gehöre in die nationale Zuständigkeit. Die Rolle der EU werde weiterhin auf das Gebiet der Forschung beschränkt bleiben. Im Bereich der Energieeffizienz kündigte Oettinger einen baldigen Aktionsplan an; für bindende Ziele bei dieser Frage werde er sich dann einsetzen, wenn der freiwillige Ansatz scheitern solle. Ferner will Oettinger bilaterale Lieferverträge der Mitgliedstaaten durch europäische Verträge ersetzen.

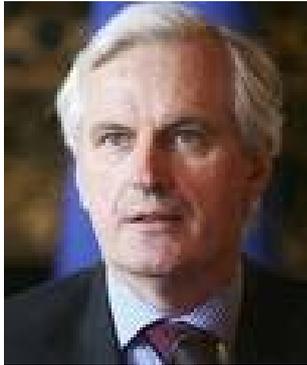
Persönliche Angaben

Geboren am 15. Oktober 1953 in Stuttgart

Werdegang (Auswahl)

2005-2010	Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg
2007-2009	Co-Vorsitzender der Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen
2005-2009	Landesvorsitzender der CDU Baden-Württemberg
1991-2005	CDU-Fraktionsvorsitzender im Landtag von Baden-Württemberg
1984-2009	Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

EU-Kommissar Michel Barnier – Binnenmarkt und Finanzdienstleistungen



Der UMP-Politiker ist seit den 70er Jahren politisch aktiv: Mit 27 Jahren wurde er 1978 jüngster Abgeordneter in der Nationalversammlung, danach war er mehrfach als Minister tätig. Barnier gilt als großer Befürworter der europäischen Integration: So hatte er aktiv für das letztlich knapp siegreiche „Ja“ beim Referendum über den Maastricht-Vertrag geworben und war auch ein Verfechter der EU-Osterweiterung gewesen, später war er Mitglied des Europäischen Verfassungskonvents. Bereits unter Prodi war Barnier Mitglied der Europäischen Kommission, damals zuständig für Regionalpolitik sowie die Reform der EU-Institutionen, bevor er 2004 vorzeitig durch seine Berufung zum französischen Außenminister nach Paris ging. In Folge des negativen Referendums über den Verfassungsvertrag 2005 wurde er in der neuen Regierung von Premier de Villepin nicht wieder für diesen Posten nominiert. Von 2007 bis 2009 gehörte Barnier dem Kabinett als Agrarminister erneut an.

Nicht unumstritten war der Zuschnitt seines neuen Ressorts innerhalb der Kommission gewesen, letztlich verblieb die Reform der Finanzmarktdienstleistungen in Barniers Portfolio. Die vor allem in Großbritannien und speziell in London geäußerte Befürchtung, Barnier werde als Sprachrohr der französischen Regierung fungieren und eine harte Linie in Fragen der Finanzmarktregulierung fahren, hat Barnier im Rahmen der Anhörungen entgegenkräften können. Gleichwohl sprach sich Barnier für verbindliche Kompetenzen für die neuen Europäischen Überwachungsbehörden aus. Zudem kündigte Barnier bereits einige Initiativen im Bereich der Finanzmarktregulierung an, die unter anderem auf den Kapitalbedarf von Banken sowie Schaffung von Mechanismen zu besserem Krisenmanagement eingehen. Jenseits der Fragen der Finanzmarktregulierungen kündigte Barnier an, der Idee der Verwirklichung des Binnenmarktes neuen Schwung zu verleihen, unter anderem durch den Abbau von Hindernissen für kleine und mittlere Unternehmen: Konkret möchte Barnier den Verwaltungsaufwand für KMUs verringern sowie deren Zugang zu öffentlichen Aufträgen erleichtern. Zudem wird auch die Stärkung von Urheberrechten bei Verbrauchern wie bei Rechtsinhabern ein wichtiger Aspekt der Amtszeit Barniers sein.

Angaben zur Person

geboren am 9. Januar 1951 in Grenoble, Frankreich

Werdegang (Auswahl)

2009-2010	Abgeordneter im Europäischen Parlament
2007-2009	Minister für Landwirtschaft und Fischerei
2006	Außerordentlicher Berater des Präsidenten der Europäischen Kommission
2006-	stellvertretender Vorsitzender der Europäischen Volkspartei
2004-2005	Außenminister
1999-2004	Mitglied der Europäischen Kommission (Regionalpolitik, Reform der Institutionen)
1999-2004	Senator von Savoyen
1995-1997	Beigeordneter Minister für europäische Angelegenheiten
1993-1995	Umweltminister
1978-1993	Abgeordneter in der französischen Nationalversammlung

EU-Kommissar Olli Rehn- Wirtschaft und Währung



Der promovierte internationale Ökonom war einer der Kandidaten für die Position des Hohen Vertreters gewesen und erhielt nun mit dem Portfolio für Wirtschaft und Währungsportfolio ein ebenfalls umworbene Ressort. Nach seiner Tätigkeit als Kabinettschef bei Liikanen folgte er diesem 2004 kurzzeitig als EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft. In der neuen Kommission unter Barroso übernahm er noch im selben Jahr das Erweiterungsressort. In seine Amtszeit fallen der Beitritt von Rumänien und Bulgarien sowie die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und Kroatien und die Anerkennung Mazedoniens als Beitrittskandidat.

Im Rahmen der Wirtschafts- und Finanzkrise werden die Exit-Strategie sowie die Rückkehr zum Stabilitäts- und Wachstumspakt den Schwerpunkt der Aufgaben Rehns darstellen. Zu Sanktionen im Falle anhaltender Verletzung des Stabilitätspaktes vermied es Rehn jedoch sich bei den Anhörungen zu äußern. Ein weiterer Bereich wird die stärkere Koordinierung der Wirtschaftspolitiken sein. Zu der von sozialistischer Seite vorgebrachten Forderung nach Eurobonds äußerte sich Rehn in der Anhörung hingegen nicht. Rehn kündigte an, die europäische Stimme auf internationalen ökonomischen Foren zu einigen und zu stärken. Dafür schlägt Rehn vor, einen „Hohen Vertreter für Wirtschaft“ zu ernennen, der die Stimme der gesamten EU auf internationaler Ebene vertritt. Daneben besteht Rehn auf einer Stärkung der europäischen Bankenaufsicht. Ein weiteres Großprojekt wird die Wiederbelebung der Lissabon-Strategie in Form von EU 2020 sein.

Angaben zur Person

geboren am 31. März 1962 in Mikkeli, Finnland

Werdegang (Auswahl)

2004-2010	EU-Kommissar für Erweiterung
2004	EU-Kommissar für Unternehmen und die Informationsgesellschaft
2004	Vorsitzender des Lenkungsausschusses „Finnland in der Weltwirtschaft“
1998-2002	Kabinettschef in der Europäischen Kommission bei Erkki Liikanen (Budget, Verwaltung, Informationsgesellschaft)
1995-1996	Mitglied des Europäischen Parlaments
1991-1995	Abgeordneter im finnischen Parlament
1991-1995	Vorsitzender der finnischen Delegation beim Europarat
1988-1994	stellvertretender Vorsitzender der finnischen Zentrumspartei

EU-Kommissar Karel de Gucht – Internationaler Handel



Der liberale Belgier Karel de Gucht kann auf eine langjährige politische Karriere sowohl in Europa als auch auf nationaler wie regionaler Ebene in Belgien zurückblicken. Er war sowohl 14 Jahre Abgeordneter im Europäischen Parlament als auch 14 Jahre in der flämischen oder belgischen Abgeordnetenversammlung tätig. Fünf Jahre lang war er darüber hinaus nationaler Vorsitzender der flämischen Liberalen (VLD). Der künftige Handelskommissar verfügt zudem über außenpolitische Erfahrung: Von 2004 bis 2009 war er Außenminister seines Landes. Ihm wird eine insgesamt gute Bilanz bescheinigt. Während des Kongo-Konflikts Ende 2008 hatte de Gucht sich für eine Intervention durch die EU eingesetzt. 2009 wurde de Gucht Nachfolger des in das EP gewählten Entwicklungskommissars Louis Michel. In Folge seiner Kritik an der Situation in der DR Kongo vor dem EP wurde er im Januar 2010 mit einem Einreiseverbot belegt.

In seinem neuen Portfolio wird die Fortführung der Verhandlungen im Rahmen der Doharunde die wohl größte Herausforderung darstellen. Bald stehen zudem Gespräche über Abkommen mit Indien, China und Kanada an. Er verspricht in den Anhörungen darauf zu achten, dass durch das kürzlich erarbeitete Freihandelsabkommen der EU mit Südkorea keine Dumpingware für Wettbewerbsverzerrung entstehe. Die Zusammenarbeit mit dem Parlament wird durch den Lissabon-Vertrag gerade in seinem Portfolio in den Fokus rücken, da nun internationale Handelsabkommen auch vom Parlament abgesegnet werden müssen. Zudem fordert das EP die Abschaffung vertraulicher Absprachen bei Handelsfragen. Das Parlament wird überdies noch stärker als bereits in den vergangenen Jahren auf eine Balance zwischen Achtung von Menschenrechten und Handelsinteressen achten: So versicherte de Gucht, dass Verhandlungen in Zukunft nicht ohne eine vorherige politische Diskussion im Parlament aufgenommen werden würden. De Gucht sprach sich gegen die Einführung der von Frankreich vorgeschlagenen CO₂-Zölle aus, da dies langfristig zu Handelskriegen führen könne. Gleichzeitig will er sich jedoch im Verbund mit anderen Mitgliedstaaten dafür einsetzen, Steuern und Tarife auf umweltfreundliche Produkte zu senken bzw. abzuschaffen.

Angaben zur Person

geboren am 27. Januar 1954 in Overmere, Belgien

Werdegang (Auswahl)

2009-2010	EU-Kommissar für Entwicklung und humanitäre Hilfe
2008-2009	Stellvertretender Premierminister Belgiens
2004-2009	Belgischer Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten und Außenhandel
2003-2009	Mitglied der belgischen Abgeordnetenversammlung (Nationales Parlament)
1999-2004	Nationaler Vorsitzender der VLD (Flämische Liberale und Demokraten)
1995-2003	Abgeordneter des Flämischen Parlaments
1985-1988	stellvertretender nationaler Vorsitzender der PVV (Flämische Partei für Freiheit und Fortschritt)
1980-1994	Mitglied des Europäischen Parlaments

EU-Kommissar Janusz Lewandowski – Haushalt und Finanzplanung



Der promovierte Ökonom gilt als Haushalts- und Wirtschaftsexperte. Lewandowski war in verschiedenen Funktionen an der wirtschaftlichen Transformation Polens beteiligt. Während der 80er Jahre war er wirtschaftlicher Berater der Solidarnosc-Bewegung. 1993 gründete er in Danzig das Institut für Marktwirtschaftsforschung. In den Folgejahren war er als Minister für Eigentumsübergang an den Privatisierungen in Polen beteiligt. Nach einigen Jahren Tätigkeit als Experte im Ausland kehrte er 1997 als Abgeordneter des Sejm auf die politische Bühne zurück. Von 2003 engagierte er sich zunächst als Beobachter, nach Polens EU-Beitritt als Mitglied im Europäischen Parlament. Für zweieinhalb Jahre war er Vorsitzender des Haushaltsausschusses.

Lewandowski deutete in den Anhörungen an, dass er angesichts der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise nicht auf eine Erhöhung des EU-Budgets drängen werde, vielmehr warb er für größere Flexibilität. Die größten Herausforderungen werden wohl die anstehende Budgetreform der EU und die Verabschiedung des neuen Finanzrahmens für 2013-2020 sein: Während neue Mitgliedstaaten eine Reduzierung von Kohäsionsfonds im Budget fürchten, drängen alte Mitgliedstaaten darauf, das Budget stärker an neue Herausforderungen der EU, etwa den Klimawandel oder an die kommende EU 2020-Strategie anzupassen. In diesem Kontext sprach sich Lewandowski für die Einrichtung eines Klimafonds aus. Ferner wird auch die Schaffung des neuen Europäischen Auswärtigen Dienstes Umschichtungen im Budget bedingen. Lewandowski steht einer direkten EU-Steuer ablehnend gegenüber, die Zeit sei dafür noch nicht reif.

Angaben zur Person

geboren am 13. Juni 1951 in Lublin, Polen

Werdegang (Auswahl)

2004-2010	Mitglied des Europäischen Parlaments (Haushaltsausschuss, Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie)
2004-2007	Vorsitzender des Haushaltsausschusses im Europäischen Parlament
2003-2004	Beobachter im Europäischen Parlament (Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie)
2001-2004	Abgeordneter im Sejm, stellvertretender Vorsitzender im Ausschuss für europäische Integration
1997-2001	Abgeordneter im Sejm, stellvertretender Vorsitzender im Ausschuss für Finanzen und Privatisierung
1993	Mitbegründer des Danziger Instituts für Marktwirtschaft
1991-1993	Minister für Eigentumsübergängen

EU-Kommissarin Cecilia Malmström – Inneres



Die schwedische Liberale hat sich in den 90er Jahren als Vorsitzende des Einwanderungsausschusses der Stadt Göteborg bereits mit Migrationsfragen befasst. Europapolitische Erfahrung konnte sie sowohl als Mitglied des Europäischen Parlaments als auch als Ministerin für europäische Angelegenheiten in der Regierung unter Premierminister Reinfeldt sammeln. In der Vergangenheit hat sich die gelernte Literatur- und Politikwissenschaftlerin wiederholt als Kämpferin für Menschenrechte und Transparenz sowie gegen jedwede Form der Diskriminierung vorgetan. Als Mitglied des Europäischen Parlaments hatte sie sich für eine offensive Politik gegenüber Russland in Menschenrechts- und Pressefreiheitsfragen ausgesprochen.

Wie auch bei der EU-Kommissarin für Grundrechte, Justiz und Bürgerschaft, Viviane Reding, wird auch bei Cecilia Malmström die Umsetzung des Stockholmer Programms im Zentrum stehen. Sie wird sich dabei mit den Themen Asyl, Migration, Sicherheit, Grenzkontrollen, Kampf gegen die organisierte Kriminalität und Anti-Terrorismus befassen. Zudem soll die Gemeinschaftsagentur Frontex gestärkt werden. Einen besonderen Schwerpunkt setzte Malmström in der Anhörung auf Zusammenarbeit in den Bereichen Antidiskriminierung und Gleichstellung. Gleichzeitig werde sie auf die Schaffung eines gemeinsamen Asylsystems und einer gemeinsamen Einwanderungspolitik drängen. Dabei fordert sie die Stärkung legaler Einwanderung und die Ausweitung der blue card. Im Bereich Anti-Terrorismus möchte sie die bestehenden Richtlinien auf Verhältnismäßigkeit, Effizienz und die Wahrung individueller Rechte prüfen. Darüber hinaus wird aber die Erarbeitung einer internen Sicherheitsstrategie zu einer der hauptsächlichen Herausforderungen in ihrem Ressort gehören. In den Anhörungen legte Malmström insgesamt die Betonung stärker auf die Wahrung individueller Rechte und weniger auf die in ihrem Portfolio ausschlaggebenden Sicherheitsfragen.

Angaben zur Person

geboren am 15. Mai 1968 in Stockholm, Schweden

Werdegang (Auswahl)

2006-2010	Ministerin für europäische Angelegenheiten, schwedische Regierung
2007-	stellvertretende Vorsitzende der schwedischen liberalen Volkspartei
1999-2006	Mitglied des Europäischen Parlaments (Ausschüsse SEDE, DROI, IMCO)
1997-	Vorstandsmitglied der schwedischen liberalen Partei
1994-1998	stellvertretende Vorsitzende des Einwanderungsausschusses der Stadt Göteborg
1998-1999	Dozentin an der Fakultät für Politologie an der Universität Göteborg

EU-Kommissar Algirdas Šemeta – Steuern und Zollunion, Audit und Betrugsbekämpfung



Šemeta ist parteilos, steht aber den litauischen Christdemokraten nahe und wurde von diesen auch als Kandidat nominiert. Nach dem Studium von Wirtschaftskybernetik und Finanzen und wissenschaftlicher Tätigkeit arbeitete er seit der litauischen Unabhängigkeit in mehreren Ministerien, vor allem im Finanzministerium. Später war er Generaldirektor des Statistischen Amtes in Litauen. 2008 wurde er von der Mitte-Rechts-Regierung zum Finanzminister ernannt. Im Juli 2009 ersetzte Šemeta seine litauische Vorgängerin Dalia Grybauskaitė in der Kommission, nachdem diese zur Präsidentin Litauens gewählt worden war.

Die zunächst wohl größte Aufgabe wird für Šemeta in der Reform der Anti-Betrugsbehörde OLAF und ihrer institutionellen Positionierung liegen. Die Ansichten von Kommissionspräsident und dem Europäischen Parlament sind hier unterschiedlich. Während Barroso ankündigte, OLAF aus der Kommission auszugliedern steht das EP diesem Schritt ablehnend gegenüber. Šemeta gab nicht eindeutig zu erkennen, welche Lösung er favorisiert, sicherte aber nach der Anhörung zu, diese Frage der Reform der Rechtsgrundlage der Behörden prioritär zu behandeln. Daneben wird die Frage nach einem besseren Management der EU-Fonds durch die Mitgliedstaaten eine Rolle spielen. Šemeta kündigte darüber hinaus an, eine von seinem Vorgänger Laszlo Kovacs begonnene Initiative zur Harmonisierung der Unternehmenssteuer zwischen den Mitgliedsstaaten wieder aufzunehmen, die Erfolgsaussichten hierfür sind jedoch gering.

Angaben zur Person

geboren am 23. April 1962 in Vilnius, Litauen

Werdegang (Auswahl)

2009-2010	Mitglied der Europäischen Kommission (Finanzplanung und Haushalt)
2008-2009	Mitglied im Rat der Gouverneure der Europäische Investitionsbank für Litauen
2008-2009	Finanzminister Litauens
2001-2008	Generaldirektor des Statistischen Amtes Litauens
1999-2001	Leiter der Regierungskanzlei der Republik Litauen
1997-1999	Finanzminister Litauens
1992-1997	Diverse Funktionen im litauischen Finanzministerium

EU-Kommissar Janez Potočnik – Umwelt



arbeitete in den 80er und 90er Jahren an verschiedenen Wirtschaftsforschungsinstituten in Slowenien. Der Slowene ist parteilos, steht aber den Sozialdemokraten nahe. Potočnik war einer der wichtigsten Architekten des slowenischen EU-Beitritts. So war er jahrelang Leiter der Verhandlungsdelegation für den slowenischen EU-Beitritt und von 2002 bis 2004 auch Minister für Europaangelegenheiten. Nach dem EU-Beitritt Slowenien wurde er EU-Kommissar, zunächst als Co-Kommissar für Erweiterung, danach als Kommissar für Wissenschaft und Forschung.

Der promovierte Wirtschaftswissenschaftler

Mit dem Umweltportfolio übernimmt Potočnik ein Ressort mit verändertem Zuschnitt: Zum einen durch die Schaffung des Kommissars für Klimawandel, zum anderen durch die Auslagerung einiger weiterer Einheiten, wie Biotechnologie sowie Pestizide und Gesundheit. Wie auch die Klimaschutzkommissarin Hedegaard sprach sich Potočnik für eine umfassende, ressortübergreifende Umweltpolitik aus. In der Praxis will er auf gemeinsame Kabinetttreffen mit den jeweils betroffenen Kommissaren, besonders mit der Klimakommissarin Hedegaard bestehen. Als Prioritäten hob Potočnik in den Anhörungen effiziente Ressourcennutzung, Biodiversität und die Durchsetzung bestehender Umweltgesetzgebung heraus. Die bisherige Bilanz bei der Wahrung von Biodiversität bezeichnete er als unzureichend; Potočnik forderte hier einen ressortübergreifenden Ansatz und sprach sich dafür aus, dieses Ziel auch im nächsten Finanzrahmen 2013-2020 zu verankern. Bis März 2010 soll zudem eine Studie vorliegen, welche die Schaffung einer Agentur zur besseren Kontrolle der Umsetzung der Umweltgesetzgebung durch die Mitgliedstaaten vorsieht. Potočnik kündigte auch an, sich für die Verabschiedung der aktuell noch im Ministerrat blockierten Bodenschutzrichtlinie einzusetzen.

Angaben zur Person

geboren am 22. März 1958 in Kropa, Slowenien

Werdegang (Auswahl)

2004-2010	Mitglied der Europäischen Kommission (Wissenschaft und Forschung)
2004	Europäischer Ko-Kommissar für Erweiterung, für sechs Monate gemeinsame Übernahme des Geschäftsbereichs mit Kommissar Günther Verheugen
2002-2004	Minister für Europaangelegenheiten in Slowenien
2001-2002	Berater mit Ministerrang im Kabinett des slowenischen Ministerpräsidenten
1998-2004	Leiter der Verhandlungsdelegation für den Beitritt Sloweniens zur Europäischen Union
1993-2001	Direktor des Instituts für makroökonomische Analysen und Entwicklung, Ljubljana, Slowenien

EU-Kommissarin Connie Hedegaard - Klimapolitik



Bereits mit 24 Jahren wurde die dänische Politikerin zum ersten Mal in das dänische Parlament gewählt und galt als politisches Talent der dänischen Konservativen. 1990 verließ sie die Politik jedoch wieder und arbeitete als Journalistin für Zeitung, Rundfunk und Fernsehen. 2004 kehrte sie als Umweltministerin in die Politik zurück und erwarb sich als Ministerin den Ruf einer entschiedenen Kämpferin gegen den Klimawandel auch gegen Widerstände in der eigenen Regierung. 2007 besetzte sie das eigens für sie geschaffene Amt des Ministers für Klimaschutz und war bei der Vorbereitung des Gipfels von Kopenhagen beteiligt.

Hedegaard ist durch ihre vorherige Tätigkeit als Ministerin für Klimapolitik und Energie bereits gut mit anderen politischen Akteuren in diesem Politikfeld vernetzt. Sie sprach sich trotz des Scheiterns des Kopenhagener Gipfels auch weiterhin für Verhandlungen im Rahmen der UN aus. Sie ist eine klare Gegnerin von Kohlesubventionen in den Mitgliedstaaten. Zurückhaltend äußerte sie sich zu einer Förderung von Nuklearenergie. Hedegaard will stattdessen grüne Industrien stärker fördern. Generell steht sie einer umfassenden Förderung von Kernforschung eher skeptisch gegenüber. Als eine ihrer ersten Handlungen kündigte sie die Gesetzesinitiativen zur Begrenzung des CO₂-Ausstoßes von Lastwagen an. Die Klimakommissarin, deren Portfolio neu geschaffen wurde, sieht sich dabei als „horizontale Koordinatorin“ klimarelevanter Initiativen in unterschiedlichen Bereichen wie Verkehr, Energie oder Industrie. Eine enge Zusammenarbeit wird nicht nur mit dem Umweltkommissar, sondern je nach Dossier auch mit den Kommissaren für Verkehr, Energie, Industrie und Gesundheit notwendig werden.

Angaben zur Person

geboren am 15. September 1960 in Holbæk, Dänemark

Werdegang

2007–2009	Ministerin für Klimapolitik und Energie
2005–2007	Ministerin für nordische Zusammenarbeit
2005-2009	Mitglied des dänischen Parlaments für die Konservative Partei
2004–2007	Ministerin für Umwelt
1998–2004	Moderatorin des Nachrichtenmagazins „Deadline“ auf dem dänischen öffentlich-rechtlichen Fernsehkanal DR2
1998–2004	Kolumnistin bei der dänischen landesweiten Zeitung „Politiken“
1994–1998	Leiterin der Nachrichtenredaktion, Radioavisen, dänischer öffentlich-rechtlicher Rundfunk
1990–1994	Journalistin bei der dänischen landesweiten Zeitung „Berlingske Tidende“
1984-1990	Mitglied des dänischen Parlaments für die Konservative Partei

EU-Kommissar Dacian Cioloş – Landwirtschaft und ländliche Entwicklung



Der parteilose (allerdings von der Mitte-Rechts-Regierung nominierte) Agraringenieur schlug nach seinem Studium in Rumänien und Frankreich seine berufliche Laufbahn im Agrarbereich ein. Von 2002 bis 2003 war er Task Manager im SAPARD-Programm der EU, welches den mittel- und südosteuropäischen Staaten die Übernahme des Gemeinschaftsrechts im Bereich der Landwirtschaft erleichtern sollte. In den letzten Jahren war unter anderem als Agrarminister tätig. Darüber hinaus war er einst Koordinator für die französisch-rumänische Zusammenarbeit in Landwirtschaft und ländliche Entwicklung gewesen. Seine daraus resultierende Nähe zu Frankreich wurde im Vorfeld kritisch beäugt.

Cioloş' Hauptaufgabe wird die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik bis 2013 sein. 2011 soll die Kommission eine entsprechende Mitteilung verfassen. Einschneidende Kürzungen des Agrarbudgets sind unter Cioloş jedoch nicht zu erwarten, sondern eher eine neue Schwerpunktsetzung in Richtung Nachhaltigkeit und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit: So verteidigte Cioloş die Ausgaben für die GAP als gerechtfertigt und merkte an, dass eine Reform nicht gleichbedeutend mit einer Kürzung des Budgets sei. Direktzahlungen werde es weiterhin geben, gleichwohl kündigte Cioloş an, die Verteilung zwischen den 27 EU-Staaten gerechter zu gestalten. Zudem setzte er sich für die Aufnahme neuer Kriterien, wie einer ökologischen Konditionalität ein. Zudem will er Maßnahmen zur Reduzierung des Energieverbrauchs im Umweltbereich durchsetzen und kleine für den lokalen und regionalen Verbrauch produzierende Landwirte besser berücksichtigen. Mit dem Lissabon-Vertrag wird das Europäische Parlament zum Mitgesetzgeber im Bereich der Landwirtschaft; so kündigte Cioloş an, eng mit den Mitgliedern des Landwirtschaftsausschusses zusammenarbeiten zu wollen.

Angaben zur Person

geboren am 27. Juli 1969 in Zalau, Rumänien

Werdegang (Auswahl)

2009-2010	Vorsitzender der Präsidentialkommission für die staatliche Agrarentwicklungspolitik in Rumänien
2007-2008	Minister für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
2007	Unterstaatssekretär für europäische Angelegenheiten im Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
2005-2007	Berater des rumänischen Landwirtschaftsministers und Sprecher Rumäniens im Sonderausschuss Landwirtschaft des Rates der Europäischen Union
2002-2003	Task Manager des SAPARD-Programms, Delegation der Europäischen Kommission in Rumänien
2000-	Mitglied der „Groupe de Bruges“, eines unabhängigen Reflexionskreises für die europäische Landwirtschaft und die Entwicklung des ländlichen Raums
1999-2001	Koordinator von bilateralen Kooperationsprojekten zur lokalen Agrarentwicklung in Rumänien

EU-Kommissar Stefan Füle – Erweiterung und europäische Nachbarschaftspolitik



Der den tschechischen Sozialdemokraten nahe stehende Füle war die letzten zwei Jahrzehnte in der Außen- und Verteidigungspolitik seines Landes tätig. Unter anderem war er Botschafter bei der UN und bei der NATO. Nach dem Misstrauensvotum gegen den tschechischen Ministerpräsidenten Topolánek im März 2009 gehörte er der Regierung des neuen Premiers Jan Fischer als Europaminister an. Vor der Wende war Füle sieben Jahre Mitglied der kommunistischen Partei und hat seine Ausbildung beim Staatlichen Moskauer Institut für Internationale Beziehungen absolviert.

Füle spricht sich gleichwohl für enge transatlantische Beziehungen aus und war ein Verfechter der NATO-Osterweiterung. Füle hat sich bereits mehrfach als Befürworter weiterer EU-Erweiterungsrunden und des Türkei-Beitritts bekannt. Eine Kurskorrektur der bisherigen Politik der Europäischen Kommission ist somit nicht zu erwarten, auch wenn Füle betonte, dass man aus den vergangenen Erweiterungsrunden lernen müsse. Besondere Bedeutung misst Füle der Kommunikation der Erweiterung zu, um die Erweiterungsskepsis der Bevölkerung zu vermindern. Eine wichtige Herausforderung wird die Zusammenarbeit mit der Hohen Vertreterin Catherine Ashton darstellen, um Überschneidungen der beiden Ressorts zu vermeiden: Während Füle beispielsweise für die bilateralen Beziehungen mit Israel und Palästina zuständig sein wird, liegt der Nahostfriedensprozess in Ashtons Tätigkeitsbereich.

Angaben zur Person

geboren am 24. Mai 1962 in Sokolov, Tschechische Republik

Werdegang (Auswahl)

Mai 2009 – Nov 2009	Minister für europäische Angelegenheiten der Tschechischen Republik
2005 – 2009	Ständiger Vertreter der Tschechischen Republik bei der Organisation des Nordatlantikvertrags
2003 – 2005	Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Tschechischen Republik im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland
2001 – 2002	Erster Stellvertreter des Verteidigungsministers der Tschechischen Republik
1998 – 2001	Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Tschechischen Republik in der Republik Litauen
1994 – 1998	Stellungen im tschechischen Außenministerium
1990 – 1995	Erster Sekretär, Ständige Delegation der Tschechischen und Slowakischen Föderativen (später der Tschechischen) Republik bei den Vereinten Nationen

EU-Kommissarin Máire Geoghegan-Quinn – Forschung, Innovation und Wissenschaft



Die ausgebildete Lehrerin ist bereits seit Mitte der 70er Jahre in der irischen Politik tätig und war für die der ALDE-Gruppe angehörende Fianna Fail insgesamt fünf Mal Mitglied im irischen Parlament (Dáil Éireann). Als ehemalige Justizministerin und Ministerin für europäische Angelegenheiten kann sie Regierungserfahrung nachweisen. 1993 war sie an der gemeinsamen Erklärung der britischen und irischen Regierung zur Frieden und Versöhnung in Irland beteiligt. 1997 galt sie als innerparteiliche Herausforderin des späteren langjährigen irischen Premiers Ahern, zog aber ihre Bewerbung schließlich zurück. Seit 2000 ist sie Mitglied des Europäischen Rechnungshofes.

Geoghegan-Quinn wird versuchen, die Schaffung eines europäischen Forschungsraums weiter voranzutreiben. In diesem Kontext wird der anstehenden Überprüfung des 7. Forschungsrahmenprogramms eine besondere Bedeutung zukommen. Unter anderem möchte Quinn die Mobilität von Forschern und Wissenschaftlern innerhalb Europas stärken. Ein weiterer Schwerpunkt wird die bessere Koordination der Aktivitäten der Kommissare sein, deren Portfolios Innovation betreffen; bei der Anhörung schlug Geoghegan-Quinn vor, einer entsprechenden Gruppe von Kommissaren vorzusitzen. Somit sollen Überschneidungen zwischen den einzelnen Ressorts vermieden werden. Des Weiteren trat sie für eine stärkere Zusammenarbeit von Forschung und kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) ein und fordert, Forschungsaktivitäten stärker am Bedarf von KMUs auszurichten. Zudem tritt sie für die Schaffung eines europäischen Patents ein.

Angaben zur Person

geboren am 5. September 1950 in Galway, Irland

Werdegang (Auswahl)

2000 -	Mitglied des Europäischen Rechnungshofs
1997–2000	Kolumnistin bei der Zeitung „The Irish Times“, Fernsehmoderatorin, Unternehmensberaterin (Teilzeit), nicht geschäftsführende Direktorin bei Aer Lingus, nicht geschäftsführende Direktorin bei Ryan Hotels
1993-1994	Justizministerin
1992	Ministerin für Fremdenverkehr, Verkehr und Kommunikation
1987–1991	Ministerin für europäische Angelegenheiten
1975-1997	Mitglied des Dáil Éireann (mit Unterbrechungen)

EU-Kommissar Johannes Hahn - Regionalpolitik



Der promovierte Philosoph Hahn ist in seiner politischen Laufbahn sowohl eng mit Europa als auch mit den Regionen verbunden: Als junges ÖVP-Mitglied setzte er sich bereits in den 80er Jahren für einen österreichischen EU-Beitritt ein. Kommunal- und regionalpolitisch war Hahn sowohl im Wiener Landtag als auch als Landesparteiobmann in Wien (seit 2005) aktiv. In seiner Funktion als Minister für Wissenschaft und Forschung zeichnete er sich besonders als Förderer regionaler und grenzübergreifender Kooperation aus

Im Rahmen der Anhörungen versprach Hahn, die Regionalpolitik in den Kontext der EU 2020-Strategie zu setzen und den Schwerpunkt entsprechend auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Regionen und den Nachhaltigkeitsgedanken zu legen. Hahn äußerte die Hoffnung, dass in Zukunft die finanzielle Kontrolle der Zuweisungen auf nationaler Ebene erfolgen würde, um es der Kommission zu ermöglichen, sich mehr auf die großen Linien der Regionalpolitik zu konzentrieren. Ein wichtiges Arbeitsfeld Hahns wird die Umsetzung der Ostsee-Strategie sowie die Ausarbeitung einer Donaustrategie sowie später womöglich weitere regionale Initiativen sein. Eine der größten Herausforderungen wird die Ausarbeitung der neuen Regionalpolitik sein; Hahn betonte hier die Notwendigkeit eines integrativen Ansatzes, in dem das Thema soziale Kohäsion ebenfalls berücksichtigt werden müsse. Hahn will in Zukunft Städte und Gemeinden stärker in die Regionalpolitik einbinden und sprach sich für eine neue Städtepolitik aus.

Angaben zur Person

geboren am 2. Dezember 1957 in Wien

Werdegang (Auswahl)

2007-2010	Bundesminister für Wissenschaft & Forschung
2005-2009	Landesparteiobmann Wien
2003-2007	Stadtrat der Stadt Wien
1997-2003	Mitglied des Vorstandes, zuletzt Vorstandsvorsitzender (CEO) der Novomatic AG
1997-2000	ÖAAB-Bezirksobmann auf der Wieden
1992-1997	Landesgeschäftsführer der ÖVP Wien
1985-1992	Managementfunktionen in verschiedenen Bereichen der österreichischen Wirtschaft und Industrie

EU-Kommissar Andris Piebalgs – Entwicklung



Der studierte Physiker war seit den 90er Jahren als Minister oder Botschafter für sein Land tätig. Unter anderem war er seit 1998 Botschafter Lettlands bei der EU sowie ab 2003 Unterstaatssekretär für Europafragen. Piebalgs steht der EVP nahe. 2004 wurde er als Ersatz für die ursprünglich nominierte Ingrida Udre nachnominiert, die in ihrer Anhörung das Parlament nicht hatte überzeugen können. Ursprünglich für das Portfolio Steuern und Zollunion vorgesehen, tauschte er das Portfolio mit dem Ungarn Kovacs, gegen den Bedenken als Kommissar für Energiefragen bestanden. Als Energiekommissar spielte Piebalgs vor allem während der Gaskrise 2007 eine wichtige Rolle.

Als Kommissar für Entwicklung wird Piebalgs eine enge Zusammenarbeit mit Kristalina Georgieva und der Hohen Vertreterin Baroness Catherine Ashton suchen müssen. In den Anhörungen forderte Piebalgs die Mitgliedstaaten dazu auf, sich an ihr Versprechen zu halten, 0,7% des Haushalts für Entwicklungshilfe auszugeben. Darüber hinaus sprach sich Piebalgs für die Einführung einer Tobinsteuer aus. Piebalgs unterstützte zudem die Überführung des Finanzinstruments EDF (European Development Fund) in das EU-Budget und somit unter stärkere parlamentarische Kontrolle. Er sicherte auch zu, dass der verstärkte Fokus auf Klimawandel in der Außenpolitik der EU, nicht zu einer Reduzierung der Mittel für den Kampf gegen Armut führen werde. Armutsbekämpfung und Klimawandel seien eng miteinander verknüpft, sollten aber aus unterschiedlichen Fonds finanziert werden.

Angaben zur Person

geboren am 17. September 1957 in Valmiera, Lettland

Werdegang (Auswahl)

2004-2010	Mitglied der Europäischen Kommission (Energie)
2004	Kabinettschef von EU-Kommissarin Sandra Kalniete
2003 – 2004	Unterstaatssekretär im lettischen Außenministerium, zuständig für die Beziehungen Lettlands zur Europäischen Union
1998 – 2003	Botschafter Lettlands bei der Europäischen Union
1995 – 1997	Botschafter Lettlands in Estland
1994 – 1995	Finanzminister Lettlands
1993 – 1994	Abgeordneter im lettischen Parlament, Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses
1990 – 1993	Bildungsminister Lettlands

EU-Kommissarin Kristalina Georgieva – Kommissarin für Internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Krisenreaktion



Die promovierte Ökonomin ist seit 1993

Eine der hauptsächlichen Herausforderungen wird es auch hier sein, die Kompetenzen ihres neu geschaffenen Portfolios gegenüber Ashton und Piebalgs (Entwicklung) abzustecken und eine Kohärenz im Bereich der Krisenreaktion zu gewährleisten. Ein Schwerpunkt wird die Erarbeitung von Finanzierungsmechanismen für humanitäre Katastrophenszenarien, wie in Haiti, sein. Sie werde sich auch bemühen, die Sichtbarkeit des Engagements der EU in Krisengebieten weiter zu stärken. Zudem versprach Georgieva die Einrichtung eines EU-Reaktionsmechanismus auf zivile Krisen und eine verbesserte Prävention von Naturkatastrophen. Überdies wird sie in den nächsten Jahren wohl auch ein umfassendes Konzept zum Krisenmanagement der EU im Geiste des Barrier-Berichts von 2005 vorlegen müssen.

bei der World Bank tätig, zuletzt als Vizepräsidentin (seit März 2008) und Corporate Secretary.

Bislang war Kristalina Georgieva wenig in humanitären, sondern vermehrt in finanziell-wirtschaftlichen Bereichen tätig, doch werden diese in ihr auch in ihrem neuen Portfolio zugute kommen. Vor ihrer Tätigkeit bei der Weltbank hatte Georgieva bei verschiedenen Universitäten Lehraufträge wahr genommen und fungierte zudem als Beraterin. Georgieva wurde erst am 21. Januar 2010 für die von ihrer Kandidatur zurückgetretene Rumiana Jeleva nachnominiert. Wie Jeleva, ist auch Georgieva Mitglied der konservativen GERB des bulgarischen Premiers Borissov.

Angaben zur Person

geboren am 13. August 1953 in Sofia, Bulgarien

Werdegang (Auswahl)

2008-2010	Vize-Präsidentin und Corporate Secretary der World Bank
2007-2008	Direktorin für nachhaltige Entwicklung (Weltbank)
2004-2007	Direktorin und Vertreterin der Weltbank bei der Russischen Föderation
2000-2004	Direktorin der Umwelta Abteilung in der Weltbank
1998-1999	Direktorin für Umwelt und soziale Entwicklung der Ostasien- und Pazifik-Region
1997-1998	Umweltmanagerin der Ostasien- und Pazifik-Region in der Weltbank
1993-1997	Umweltökonomin für Europa und Zentralasien in der Weltbank

EU-Kommissarin Maria Damanaki – Maritime Angelegenheiten und Fischerei



Die griechische Sozialistin ist gelernte Chemie-Ingenieurin und war seit den 70er Jahren im linken politischen Spektrum Griechenlands aktiv. So war sie im Widerstand gegen die griechische Militärjunta tätig. Später engagierte sie sich zunächst in der kommunistischen Partei und später in einer Vereinigung linksradikaler Parteien. 2004 brach sie jedoch mit dem von ihr angeführten Linksbündnis „Synaspismos“ und schloss sich der sozialistischen PASOK an. Im Parlament war sie mehrfach Ausschussvorsitzende in den Ausschüssen für Auswärtige Angelegenheiten, Bildung und Kultur.

Eine der wichtigsten Anliegen wird die Umsetzung und Weiterentwicklung der Oktober 2007 verfassten „Integrierten Meerespolitik“ (IMP) sein, die Beschäftigung und Wachstum in Fischerei und den betreffenden Industriezweigen stärken soll. Damanaki sprach sich auch für eine Dezentralisierung aber gegen eine Renationalisierung der Fischereipolitik aus. Eine ihrer Kernprioritäten werde neben der IMP das Thema „Meeresbiodiversität“ sein. Sie betonte auch die Notwendigkeit eines stärkeren Dialogs mit anderen Mittelmeeranrainerstaaten, um unlauteren Wettbewerb zwischen Fischern aus EU-Ländern und aus Drittstaaten zu vermeiden. Eng zusammen arbeiten wird Damanaki mit den Generaldirektionen Forschung sowie Verkehr. Da auch das Schwarze Meer und Umweltschutz stärker in den Fokus rücken werden, wird Damanaki auch mit der Generaldirektion Regionalpolitik bei der Ausarbeitung der Donaustrategie mitwirken.

Angaben zur Person

Geboren 1952 auf Kreta, Griechenland

Werdegang (Auswahl)

2009-2010	Vorsitzende des parlamentarischen Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten und Verteidigung
2004-2009	Mitglied des Politischen Rates der PASOK mit den Ressorts Bildung (2004-2006), Soziales (2006-2007) und Kultur (2008-2009)
2004-2009	Führerin der PASOK-Fraktion in den Ausschüssen für Soziales, Bildung und Kultur sowie für Umwelt
1991-1993	Vorsitzende der Koalition der Linken
1986-1990	Vizepräsidentin des griechischen Parlaments
1977-1993	Abgeordnete

EU-Kommissar John Dalli – Gesundheit und Verbraucherschutz



Der überraschend für den ehemaligen maltesischen Kommissar Joe Borg nominierte Konservative John Dalli verfügt über langjährige politische Erfahrung. Seit 1987 saß er für die Nationalist Party im maltesischen Parlament und hat wiederholt Regierungsämter innegehabt: Mehrfach war er Finanzminister, zeitweise Außenminister und schließlich Minister für Sozialpolitik. In seinen Tätigkeiten konnte er sich als Finanz- und Wirtschaftsexperte auszeichnen. Obgleich das Thema Verbraucherschutz von verschiedenen Portfolios tangiert wird, gehört es in erster Linie zu Dallis Entscheidungsbereich. Während der spanischen Präsidentschaft wird eine der ersten Aufgaben sein, die Richtlinie zu grenzüberschreitenden Gesundheitsdienstleistungen gegen den Widerstand mehrerer Mitgliedstaaten durchzusetzen.

Zu den Prioritäten wird auch die Durchsetzung des Pharma-Pakets gehören: Hier möchte Dalli das Paket „entzurren“ und die unstrittigen Teile des Pakets zügig verabschieden, um danach seine Aufmerksamkeit dem kontroverseren Themen zu widmen. Im Gesundheitsbereich wird Dalli sich neben Herzkrankheiten auch Massenproblemen wie Alkohol- und Drogensucht sowie Fettleibigkeit widmen. Eine größere Aufmerksamkeit will Dalli auch der gesundheitlichen Aufklärung in Schulen zukommen lassen. Im Bereich der Lebensmittelsicherheit wird Dalli vor allem einen Schwerpunkt auf die Klon-Direktive legen, die in Jahresfrist erscheinen soll sowie auf eine Verringerungen der Asymmetrien zwischen den Mitgliedstaaten bei gen-behandelten Produkten setzen.

Angaben zur Person

geboren am 5. Oktober 1948 in Qormi, Malta

Werdegang (Auswahl)

2007-2010	Minister für Sozialpolitik
2004	Außenminister
1998-2004	Minister für Wirtschaft und Finanzen
1996-1997	Schattenminister für Finanzen und Vorsitzender des Ausschusses für öffentliches Rechnungswesen
1992-1996	Finanzminister
1989-1991	Wirtschaftsminister
1987-1988	Parlamentarischer Staatssekretär für Industrie
1987-2010	Parlamentsabgeordneter

EU-Kommissar László Andor – Beschäftigung, Soziales und Integration



Die Nominierung des ungarischen Sozialisten war im Vorfeld auf Kritik gestoßen: So wurden ihm mangelnde politische wie administrative Erfahrung vorgeworfen. In der Vergangenheit lehrte der Ökonomeprofessor an verschiedenen Universitäten und ist daneben Herausgeber der linken Zeitschrift Eszmelet. Von 2003 bis 2005 war der überzeugte (Post-) Keynesianer Wirtschaftsberater des damaligen sozialistischen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsany und später auch weiterhin in Wirtschaftsfragen bei der Sozialistischen Partei eingebunden. Seit 2005 war er Mitglied des Verwaltungsrats der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.

In seiner Anhörung kündigte Andor an, Europa eine neue soziale Agenda zu geben, hielt sich mit konkreten Vorschlägen allerdings zurück. Seine Hauptpriorität wird dabei die EU-2020-Strategie sein: Unter anderem sei es wichtig, in Zukunft die Beschäftigungspolitiken der Mitgliedsstaaten stärker aufeinander abzustimmen. In diesem Kontext kündigte Andor an, eine Übersicht über die Arbeitslosenunterstützung in allen Mitgliedstaaten anzufertigen und zusammen mit den Mitgliedstaaten über Verbesserungen zu beraten. Eine weitere Herausforderung für Andor wird die Neuverhandlung der auf Eis liegenden Arbeitszeitrichtlinie sein. Er sprach sich für eine Stärkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit aus. Er versprach auch, verstärkt Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit und die Diskriminierung von Roma zu unternehmen. Darüber hinaus stellte er in Aussicht, im Rahmen seines Portfolios „grüne Berufe“ zu fördern. Im Rahmen des Europäischen Jahres zur Bekämpfung der Armut 2010 kündigte Andor an, einen besonderen Schwerpunkt auf Maßnahmen gegen Kinderarmut zu legen.

Angaben zur Person

geboren am 3. Juni 1966 in Zalaegerszeg, Ungarn

Werdegang (Auswahl)

2005-2010	Mitglied des Verwaltungsrats der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
2005-2010	Mitglied des Vorstands der Wirtschaftsabteilung der Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP) und Herausgeber ihres Wirtschaftsjournals „Állásponytok“ (Standpunkte)
2000-	Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Corvinus-Universität Budapest
2003-2005	Wirtschaftsberater des sozialistischen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsany
2002-2007	Mitglied des Vorstands der József-Attila-Stiftung (sozialdemokratischer Think-Tank)
1999-2001	Berater der Weltbank für die SAPRI-Initiative (SAPRI = Structural Adjustment Participatory Review Initiative – Initiative zur Überprüfung der Strukturanpassungsmaßnahmen)

EU-Kommissarin Androulla Vassiliou – Bildung, Kultur, Jugend, Multilingualismus



Als nationale Abgeordnete war die Liberale im Europaausschuss auch an der Umsetzung des *acquis communautaire* in Zypern beteiligt. Zudem war sie zwischen 2001 und 2003 Vertreterin des zyprischen Parlaments im Verfassungskonvent. Von 1988 bis 1993 war ihr Ehemann Präsident Zyperns. Als First Lady engagierte sie sich besonders für soziale und kulturelle Angelegenheiten. Als Kommissarin für Gesundheit trat sie für eine stärkere Aufklärung von Kindern und Jugendlichen in der Gesundheitspolitik ein.

Im Bereich Bildung und Kultur sind die Kompetenzen der EU relativ beschränkt, auf die Kommissarin kommt dort in erster Linie eine koordinierende Rolle zu. Großen Wert legte Vassiliou in den Anhörungen auf die Stärkung der Mobilität von Studenten, eine bessere Verzahnung von Studium und Arbeitsmarkt sowie auf Weiterbildung. Vassiliou unterstützt den Bologna-Prozess und versicherte, sie werde seine positiven Aspekte stärken. Mit „Youth on the move“ will Vassiliou den Jugendaustausch sowohl auf schulischer wie vorberuflicher Ebene stärken. Bei der Finanzierung von Stipendien möchte Vassiliou die EIB stärker einbinden. Gleichzeitig erhält die EU durch den Lissabon-Vertrag weitreichende Befugnisse im Bereich des Sports, Prioritäten nannte Vassiliou hier noch nicht. Zudem versprach Vassiliou, Vielsprachigkeit in der EU weiter zu fördern.

Angaben zur Person

geboren am 30. November 1943 in Paphos, Zypern

Werdegang (Auswahl)

2008-2010	EU-Kommissarin für Gesundheit
2001-2006	Stellvertretende Vorsitzende der Europäischen Liberalen, Demokratischen und Reformpartei (ELDR)
2001-2003	Stellvertretendes Mitglied im Konvent zur Zukunft Europas als Vertreterin des zyprischen Parlaments
1996-2006	Abgeordnete der Vereinigten Demokraten (Enomeni Dimokrates) im zyprischen Repräsentantenhaus
1991-1995	Präsidentin des Weltverbandes der Gesellschaften für die Vereinten Nationen
1980-1988	Rechtsberaterin der Bank of Cyprus
1978-1992	Präsidentin der Zyprischen Gesellschaft für die Vereinten Nationen